

Ein Ungeist breitet sich aus

Die Internationalisierung der Hochschulen ist eine Erfolgsgeschichte, die das letzte halbe Jahrhundert geprägt hat. Doch damit könnte es bald vorbei sein, wenn diesseits und jenseits des Atlantiks der Nationalismus an Boden gewinnt. Eine Einschätzung.

von Philip G. Altbach und Hans de Wit, Boston

🌐 **Wie ist Ihre Meinung zum Thema?**
Schreiben Sie uns oder den Autoren.
Kontakt:
duz-redaktion@duz-medienhaus.de

Seit einigen Monaten mehren sich die Anzeichen: Die Internationalisierung des Hochschulwesens ist dabei, sich grundlegend zu wandeln. Nachdem ihre Bedeutung in den letzten fünf Jahrzehnten beständig zugenommen hat, hat sie durch die jüngsten US-Einreisebeschränkungen für Bürger aus Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung und die dadurch verursachten Unwägbarkeiten eine Zäsur erfahren. Im Verbund mit dem Brexit, der nationalistischen Ausrichtung der Regierungen in Polen und Ungarn und dem erstarkenden Rechtspopulismus in Europa scheint eine Art „neuer Weltordnung“ in der Hochschul-Internationalisierung zu entstehen.

Manche Beobachter lassen sich davon nicht beeindrucken. Sie gehen davon aus, dass im Bildungswesen weiterhin altbewährte Muster fortgeschrieben werden. Wir sind vom Gegenteil überzeugt. Dabei befürchten wir nicht, dass die akademische Gemeinde ihre Ziele der Mobilität und Internationalität aufgibt. Und schon gar nicht befürchten wir den Rückzug kommerzieller Interessenvertreter, die sich in letzter Zeit auf dem Marktplatz namens Internationalisierung engagiert haben. Dennoch glauben wir, dass wir am Anfang einer Phase radikaler Veränderung stehen.

Bei der Internationalisierung der Hochschulbildung handelt es sich um eine ganze Reihe von Konzepten und Programmen. Dazu gehört es beispielsweise, die Vorzüge der Globalisierung als wichtigen Bestandteil der Weltwirtschaft anzuerkennen. Dazu gehört außerdem Engagement für globale Verständigung, der Respekt für kulturelle Vielfalt und die Offenheit für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Akteuren, die politische, kulturelle oder ökonomische Unterschiede aufweisen.

Internationalisierung gilt oft als weiche Form der Einflussnahme auf nationaler Ebene. Ihre betriebswirtschaftliche Seite hat sich in den letzten Jahren zu einem lukrativen Geschäft entwickelt – Milliarden werden in Internationalisierungs-Programme gesteckt, während Hochschulen, Privatunternehmen und alle möglichen Dienstleister, Versicherer, Vermittler und andere Interessenvertreter kräftig daran verdienen. Ausländische Studierende spielen eine nicht unwesentliche Rolle für die Wirtschaft der USA (s. Interview S. 22). Und auch britische Universitäten erwirtschaften rund ein Achtel ihrer Einnahmen durch die Studiengebühren ausländischer Studierender, die darüber hinaus etwa sieben Milliarden Pfund zur Wirtschaft des Landes beitragen.

nahmen durch die Studiengebühren ausländischer Studierender, die darüber hinaus etwa sieben Milliarden Pfund zur Wirtschaft des Landes beitragen.

Auch wenn die idealistischeren Aspekte der Internationalisierung in den letzten Jahren durch Kommerzialisierung und Gewinnorientierung aufgeweicht wurden, ist die ideelle Zielsetzung mehr oder weniger intakt – die akademische Gemeinde ist ihr zweifelsohne weiterhin verpflichtet.

In ökonomischer Hinsicht dürften sich indes ernsthafte Schwierigkeiten ergeben – mit beträchtlichen Auswirkungen für mobile ausländische Studierende ebenso wie für Akademiker, die auf internationale Mobilität und Zusammenarbeit angewiesen sind, und schließlich für Hochschulen und Regierungen, die auf mobilitätsbedingte Einnahmen aller Art zählen. Der Fortbestand von über 200 internationalen Hochschulniederlassungen weltweit (viele davon in muslimisch geprägten Ländern), die vor allem von europäischen und US-amerikanischen Universitäten finanziert werden, könnte gefährdet sein.

Die Einwanderungsbeschränkungen der neuen US-Regierung sind nur ein Beispiel von vielen: Weltweit befinden sich die politischen Umstände im Umbruch. Die ohnehin strengen Überprüfungen von Personalien dürften sich weiter verschärfen. Auch die Neueinstufung ausländischer Studierender nach dem Einwanderungsrecht durch die britische Regierung schafft Instabilität. In mehreren europäischen Ländern ist in nächster Zeit mit Veränderungen in der Politik und in der Bewertung studentischer und akademischer Mobilität zu rechnen.

Auch das Vorzeigeprojekt Erasmus ist in Gefahr



Ein Banner am Wegesrand in Kalifornien, das von der nationalistischen Wahlkampf-Kampagne Donald Trumps zeugt. Seine Einreisebeschränkungen sind eine Zäsur für die akademische Mobilität.

Ausgerechnet im 30. Jubiläumsjahr des europäischen Vorzeigeprogramms Erasmus ist die Zukunft dieses und anderer Förderprogramme in den Bereichen „Forschungskooperation“ und „Ausbau der Hochschulkapazitäten“ ungewiss oder könnte infolge der anti-europäischen Stimmung am rechten Rand des politischen Spektrums künftig von massiven Kürzungen betroffen sein. Der Trend in den westlichen Ländern zur Abschottung von Grenzen oder jedenfalls zur Verschärfung von Einreisebestimmungen könnte sich durchaus intensivieren. Noch ist unklar, welches der von den diskriminierenden westlichen Maßnahmen betroffenen Länder sich revanchieren wird, und ob es zu einer Art Handelskrieg in der Bildungsinternationalisierung kommt.

Immerhin gibt es auch Gegenbeispiele. So hat Kanada beispielsweise verlautbart, dass es seine Grenzen offen halten und seine internationalen Mobilitätsprogramme ausweiten wird, einschließlich des Einbürgerungsangebots für ausländische Hochschulabsolventen. Andere Länder, darunter China und Indien, könnten ihre Bildungsangebote aufwerten, um sie attraktiver für ausländische Studierende zu machen. Der Trend hin zu steigender Mobilität in Asien, Lateinamerika und bestimmten Regionen Afrikas wird sich beschleunigen.

Die Ankündigungen und Absichten von Trump, May und anderen müssten nicht einmal in vollem Umfang umgesetzt werden. Allein schon der Umstand, dass Misstrauen und Diskriminierung, Schikanen beim Grenzübergang, erschwerte Visumsvergabe und sonstige Probleme mittlerweile gang und gäbe sind, wirkt sich auf die Einstellung der Menschen zu den Themen Mobilität und Internationalisierung aus. Der neue Ungeist hat sich bereits ausgebreitet – und lässt sich nicht ohne Weiteres aus der Welt schaffen. Die Internationalisierung gilt von Haus aus als westliches Konzept, das vor allem den Industriestaaten selbst zugutekommt. Kapselt sich der Westen ab, könnte die nächste Revolution der Hochschulinternationalisierung in den Entwicklungs- und Schwellenländer stattfinden.

Die Konsequenzen der skizzierten Trends lassen sich noch nicht exakt vorhersagen; gleichwohl zeichnen sich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit folgende Szenarien ab:

- Die studentischen Mobilitätsmuster werden erheblichen Veränderungen unterworfen sein. Dies wird sich vor allem auf den Marktanteil Großbritanniens und der USA auswirken, der bereits zu schrumpfen begonnen hat.
- Das globale Ansehen der USA, Großbritanniens und weiterer Länder, die deren intolerantem, xenophobem Beispiel folgen, wird leiden, und die Dominanz dieser Länder in globalen akademischen Rankings, wissenschaftlichen Kooperationen und akademischem Ansehen dürfte schwinden.
- Am stärksten dürften die öffentlichen Hochschulen in den USA und Großbritannien betroffen sein, zum einen durch die weitere Streichung staatlicher Mittel und zum anderen durch den Rückgang an Gebühreneinnahmen von ausländischen Studierenden.

Mehr erfahren

Beilage „International Higher Education“ im hinteren Teil dieses Heftes.

Liudvika Leisyte und Anna-Lena Rose von der Technischen Universität Dortmund setzen sich darin mit der akademischen Mobilität in Zeiten Trumps und des Brexits auseinander.

Und Gary Rhoades, der das Center for the Study of Higher Education an der University of Arizona leitet, schreibt: „Die Praktiken der Rechtspopulisten sind das Gegenteil dessen, wofür Universitäten im besten Falle stehen.“



NINA LEMMENS, Leiterin des New Yorker DAAD-Büros, über die Lage der US-WISSENSCHAFT

„Aggressive Abwerbe-Bemühungen sind kein guter Weg“

NEW YORK Dr. Nina Lemmens leitet die Außenstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) an der amerikanischen Ostküste. Wie schätzt sie die jüngsten US-Entwicklungen ein? Und was bedeutet der Machtwechsel in Washington für deutsche Unis?

duz Frau Dr. Lemmens, Donald Trump bekleidet seit drei Monaten das Amt des US-Präsidenten. Vermehrt äußern Wissenschaftler die Befürchtung, ihre Situation werde sich unter diesen Vorzeichen verschlechtern. Ist das nur eine diffuse Angst, oder gibt es dafür konkrete Anhaltspunkte?

Lemmens In der Tat gibt es die. Gleich am Tag nach der Amtsübernahme haben die neuen Herren im Weißen Haus eine Reihe von Webseiten gelöscht, die zuvor Informationen zu Themen wie dem Klimawandel, Bürgerrechten und den Rechten der „LGBT“-Gemeinde bereitgehalten hatten. Den Mitarbeitern der Nationalen Umweltbehörde EPA wurde untersagt, mit der Presse zu sprechen und neue Erkenntnisse über die sozialen Medien zu verbreiten. Und mit Scott Pruitt wurde ein Mann an die EPA-Spitze berufen, der den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel immer wieder verneint hat. Das lässt nichts Gutes ahnen – weder für die Haltung der USA zum Pariser Klimaabkommen noch für die wissenschaftliche Meinungsfreiheit.

duz Das Problem ist doch aber auch ein finanzielles, schließlich droht Trump mit Kürzungen ...

Lemmens In seinem Haushaltsplan hat er jedenfalls vorgeschlagen, die Budgets der beiden großen Institutionen zur Forschungsförderung zu reduzieren: das der National Institutes of Health um 18 Prozent, das der National Science Foundation um rund zehn Prozent. Zwei Einrichtungen will er gleich ganz abschaffen, nämlich die Kulturfördereinrichtung National Endowment for the Arts und das National Endowment for the Humanities. Besonders bitter für die nachwachsende Generation dürfte der Plan sein, rund 13 Prozent – oder neun Milliarden Dollar – aus dem Budget des Department of Education herauszuschneiden, und zwar gerade bei Förderprogrammen für Studierende aus einkommensschwachen Bevölkerungsschichten.

duz Welche Rolle spielt Trumps Ansinnen, Bürgern aus sechs muslimisch geprägten Ländern die Einreise zu erschweren?

Lemmens Auch wenn dieser „travel ban“ im zweiten Anlauf erneut von einem Bundesrichter vorläufig außer Kraft gesetzt

wurde, sind die Auswirkungen schon jetzt an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen spürbar. Abgesagte Auslandsreisen von Forschern aus den fraglichen Ländern, abgesagte Kongressteilnahmen von Wissenschaftlern aus der ganzen Welt, die entweder selbst vom Einreisestopp bedroht sind oder aus Solidarität mit ihren Kollegen nicht mehr in die USA reisen wollen, und vermutlich bald auch jede Menge Absagen von internationalen Studierenden, die Studienplätze an US-Colleges nicht antreten werden. Rund 40 Prozent der Unis und Colleges vermelden laut einer Umfrage der American Association of Collegiate Registrars and Admission Officers ein deutlich nachlassendes Interesse der internationalen Klientel.

duz Welche Folgen hätte es, würde sich dieser Trend so fortsetzen?

Lemmens Man kann das an handfesten Zahlen ablesen. Das Institute of International Education schreibt, dass die studentischen Gäste aus aller Welt im Jahr 2015 fast 36 Milliarden Dollar zur US-Wirtschaftsleistung beitrugen. Zu 75 Prozent stammte dieses Geld aus dem Ausland – also vermutlich zu meist den Heimatländern der Studierenden.

duz Scheint so, als müsste sich die Wissenschaftsnation USA Sorgen machen.

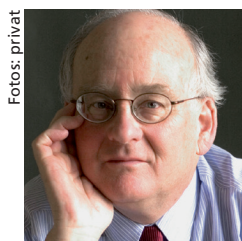
Lemmens Ja, zumal die Konkurrenz nicht schläft. Kanada zum Beispiel. Die Universität Toronto etwa verzeichnet einen Bewerberanstieg um 80 Prozent – und zwar Studieninteressenten aus den USA. Das sind US-Amerikaner, aber sicher auch Studierende aus Drittstaaten, die derzeit in den USA studieren. Auch sie fühlen sich offenbar in den USA nicht mehr so wohl oder wollen den steigenden Studiengebühren entfliehen.

duz Und was bedeutet all das aus deutscher Sicht?

Lemmens Wenn wir die Amerikaner unterstützen möchten, sind aggressive Bemühungen, Wissenschaftler abzuwerben, sicher nicht der richtige Weg. Ich würde mir wünschen, dass wir verstärkt den Kontakt mit den USA suchen, im akademischen, aber auch im wissenschaftspolitischen Austausch. Deutschland kann sich als zuverlässiger und potenter Partner anbieten. Schließlich hat das Land eine traditionsreiche und zugleich hochmoderne Forschungslandschaft zu bieten – und außerdem ein breites gesellschaftliches Verständnis für den Wert von Wissenschaft. Wenn wir die Hand ausstrecken, werden sie viele jenseits des Atlantiks gerne ergreifen. ■

Das Interview führte Dr. Franz Himpfsl.

- Für kleinere Hochschulen, die ohnehin unter der Bevölkerungsentwicklung leiden und häufig auf die Immatrikulation ausländischer Studierender angewiesen sind, ist die Situation sogar existenzgefährdend.
- Hochschulniederlassungen und anderweitige Formen der von den USA und Großbritannien ausgehenden länderübergreifenden Bildung könnten vor dem Aus stehen – und Hochschulen aus anderen Regionen wie etwa Indien und China in die Bresche springen. Derzeitige Gastländer westlicher Hochschulniederlassungen im Mittleren Osten und anderswo könnten ihre Bereitschaft überdenken, diese weiterhin zu fördern.
- Stipendienprogramme wie Fulbright in den USA (s. Kasten unten) und Erasmus in Europa stehen vor massiven Kürzungen. So wird sich die Mobilität von Studierenden und Lehrkräften weiter reduzieren.
- Den ohnehin als elitär geltenden Internationalisierungsansatz werden sich möglicherweise nur noch die angesehensten Unis leisten können.



Gleichzeitig werden sich zahlreiche Hochschulen samt ihren Lehrkräften und Studierenden in den USA und Europa gegen diese Trends stemmen und Initiativen ergreifen, um internationale Solidarität, Kooperation und Austausch zu fördern. Dem von Trump und May abgelehnten Konzept der „Global Citizenship“ wird eine Schlüsselrolle im Kampf der Hochschulen um Autonomie und akademische Freiheit zukommen.

Die Reaktionen akademischer Spitzenfunktionäre, Professoren und Studierenden an US-Hochschulen auf die von der Trump-Regierung verhängten Beschränkungen belegen jedenfalls eine eindeutig kritische Haltung. Diese Reaktionen sind nicht von der Sorge vor Umsatzverlusten motiviert, sondern von einem Bekenntnis zu den Kernwerten der Hochschulbildung. ■

PHILIP G. ALTBACH (oberes Bild) ist Forschungsprofessor und Gründungsdirektor des Center for International Higher Education am Boston College, USA. **HANS DE WIT** ist dort Professor und Direktor.

Das US-amerikanische Hochschulsystem

Der wohl wichtigste Unterschied zwischen dem deutschen und dem US-Bildungswesen: In Amerika sind Bildung und Kultur grundsätzlich stark von **privaten Initiativen und Mäzenatentum** geprägt; der staatliche Anteil an den gesamten Kulturausgaben liegt bei unter 15 Prozent.

Gleichwohl spielt der Staat bei der Forschungsfinanzierung an den Unis eine wichtige Rolle: Der Großteil der Mittel hierfür kommt von der Bundesregierung.

Mehr als 4000 Hochschulen gibt es in den USA. Unterteilen lassen sie sich in vier Typen: die **staatlichen Hochschulen**, von örtlichen Colleges bis hin zu forschungsstarken Institutionen wie der University of California; die **privaten Non-Profit-Hochschulen**, die oft aus Stiftungsvermögen finanziert werden und zu denen auch Stanford und Harvard zählen; die **privaten For-Profit-Hochschulen**, die ihre Einnahmen vor allem aus Studiendarlehen der Bundesregierung beziehen; und die **Community Colleges**, die auf zweijährige Studiengänge spezialisiert sind.

Wer in den USA ein Studium aufnimmt, entscheidet sich für eine nicht unbeträchtliche **finanzielle Investition**. Die Studiengebühren beliefen sich 2014/15 an öffentlichen staatlichen Hochschulen im Schnitt auf 9139 US-Dollar pro Jahr. Studierende, die weniger als zwölf Monate in dem betreffenden Staat gewohnt haben, mussten sogar 22 958 Dollar zahlen. Bei den privaten Hochschulen lag der Durchschnitt bei 31 231 Dollar. Viele Studenten müssen ein **Darlehen** aufnehmen; die Bundesregierung ist mit über 100 Milliarden Dollar (Bezugsjahr 2013) der größte Kreditgeber.

2014/15 erreichte die Zahl der **ausländischen Studierenden** in den USA mit 975 000, darunter 10 200 Deutsche, einen Höchststand. Ein rapides Wachstum – ein Jahr zuvor waren es nur 886 000 gewesen. Der internationale Austausch mit amerikanischer Beteiligung ist bislang stark durch das Fulbright-Programm unterstützt worden. Die Deutsch-Amerikanische Fulbright-Kommission in Berlin etwa hat seit ihrer Gründung 1952 mehr als 45 000 Deutsche und Amerikaner mit Stipendien ausgestattet.

Friederike Stecklum ist duz-Praktikantin und Volontärin der Pressestelle der Uni Münster.

